

# Union, FDP und Grüne wollen Masseneinwanderung

[Veröffentlicht am 01.10.2017 von "Die Unbestechlichen"](#)

Von Vera Lengsfeld

Die Bundestagswahl war eine glatte Absage an die *Merkelsche Politik* der Massenzuwanderung. Das gilt selbst für Wähler der Union, die ihr Kreuz in dem Glauben gemacht haben, dass nach der Wahl gelten würde, was im „*Regierungsprogramm*“ der Union steht. Dort kann man lesen, dass die Union Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme ablehnt und dass Gefährder und abgelehnte Asylbewerber ohne Bleibeperspektive vermehrt abgeschoben werden sollen. Im „Bayernplan“ der CSU ist sogar von einer Obergrenze für Zuwanderer die Rede.



In der Woche nach der Wahl wurde deutlich, was allerdings schon jeder hätte vorher wissen können: Das Politikkartell denkt gar nicht daran, Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zu ziehen. Es wird mit unvergleichlicher Arroganz der Macht einfach weiter gemacht, wie bisher.

- ❖ Allen voran die Grünen, die, weil sie noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen sind, meinen, als die schwächste Partei im Bundestag die Richtlinien der Politik bestimmen zu können. Sie wollen die ungebremste Zuwanderung, ungeachtet der Folgen für unser Land. Sie wollen die Abschaffung des Verbrennungsmotors bis 2030, obwohl es noch keine marktfähige Alternative dazu gibt. Außerdem wollen sie **drei** Ministerien, von denen zwei so genannte „*Superministerien*“ sein sollen. Wenn die Grünen tatsächlich ein Umwelt- und Verbraucherschutz-Ministerium bekommen sollten, droht uns eine Verbotsorgie, die sich gewaschen hat.

Das akuteste Problem ist aber die geplante neue Massenzuwanderung in einer Situation, in der die Einwanderung von 2015/2016 nicht bewältigt ist. Wir wissen von allzu vielen „*Neubürgern*“ immer noch nicht, wer sie sind.

Nun sollen die anerkannten „*Flüchtlinge*“ ihre Familien nachholen dürfen. Angeblich sei das unsere „*humanitäre Verpflichtung*“. Aber eine solche Verpflichtung gibt es nur, so lange Krieg herrscht.

- **Wenn der Krieg beendet ist, können und sollen Kriegsflüchtlinge in die Heimat zurückkehren. In Syrien ist der Krieg beendet.**
  - ❖ Es sind schon Fälle bekannt geworden, dass Syrer zu Besuch in ihr Land zurückgekehrt sind.
  - Wenn sie jetzt ihre Familien nachholen dürfen sollen, dann geht es nicht mehr um humanitäre Hilfe, sondern um „*Resettlement und Relocation*“, die auch im „- der Union weitgehend unbeachtet in einem Nebensatz“ aufgeführt sind.

Die FDP hat offenbar nicht die Absicht, die von *Christian Lindner* im Wahlkampf vollmundig gemachten Versprechen einzulösen. Vom Untersuchungsausschuss über die *Merkelsche Grenzöffnung*, den sie angeblich fordern wollte, ist inzwischen nicht mehr die Rede.

- ❖ Damit „*Jamaika*“ nicht an der CSU scheitert, wurde von FDP-Generalsekretärin *Nicola Beer* angemahnt „*keine unüberwindbaren Hürden*“ aufzubauen. Die FDP wolle „*ein Einwanderungsgesetz, das klar zwischen Asyl für individuell politisch oder religiös Verfolgte, zeitlich befristetem Schutz für Flüchtlinge und Einwanderung mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild unterscheidet*“. Erst ganz am Ende dieses Drei-Säulen-Modells werde es auch darum gehen festzulegen, „*wie viel Integration Deutschland insgesamt leisten kann*“.

Seehofer wird gern über dieses Stöckchen springen, wenn die CSU ihn nicht endlich vorher ablöst.

Wenn, müsste am Beginn der Verhandlungen die Feststellung stehen, wie viel Zuwanderung Deutschland noch verkraften kann, ehe man ein Modell für die weitere Zuwanderung bastelt.

Auch die FDP ist schon kräftig dabei, das Fell des Bären, der noch gar nicht erlegt ist, zu verteilen. Der Weg für *Christian Lindner*, der Finanzminister werden will, ist mit der Abschiebung *Wolfgang Schäubles* auf den Parlamentspräsidenten-Posten bereits geebnet. Die Verhandlungen haben noch gar nicht begonnen, das werden schon Tatsachen geschaffen, als ob sie bereits erfolgreich verlaufen wären. Die Deutschen haben immer noch zu viele Illusionen über ihre Politiker. Da zeigt das Erstwahlergebnis für *Thomas de Maizière*, der seinen Wahlkreis gewann, obwohl bei den Zweitstimmen die *AfD* als Sieger hervorging.

Im Ausland sieht man die Entwicklung in Deutschland realistischer. In Tallin beim EU-Gipfel gab es Demonstrationen gegen die Masseneinwanderung nach Europa, die von Kanzlerin *Merkel* ausgelöst wurde. Auch in Tallin wurde *Merkel* ausgebuht – von besorgten Europäern, die nicht Mitglieder der *AfD* waren. Ob sie in den brüderlichen Armen von *Emmanuel Macron*, dessen diktatorischen Vorschlägen zur „*Erneuerung*“ Europas sie eifertig zugestimmt hat, Trost fand, wissen wir nicht.

- **Die Dänen schicken derweil Soldaten an die deutsche Grenze, damit die neue, von unseren Politikern beförderte Einwanderungswelle, die demnächst Deutschland erreicht, nicht nach Dänemark überschwappt.**

**Während *Macron* und *Merkel* von einem europäischen Zentralstaat träumen, fällt Europa vor unseren Augen auseinander.**